

## **Leitantrag der BeKo 2004**

### **Die Idee ist gut, doch die Welt noch nicht bereit!**

Die SPD hat einen neuen Parteivorsitzenden, aber keine neue Politik. Gerhard Schröder ist als Parteivorsitzender zurückgetreten. Es folgt nun die Erkenntnis, dass es einen gibt, der es besser machen kann: Franz Müntefering. Er soll uns aus dem Tal der Tränen führen.

Nach dem inhaltlichen und strategischen Desaster der AGENDA 2010 versucht er, wieder mit der Partei zu diskutieren und Inhalte zu kommunizieren. Man kann jedoch beobachten, dass die Partei zwar wieder stärker ins Boot geholt wird, dies aber nicht mit einem grundlegenden Politikwechsel einhergeht. Auch das nötige Ausbildungsplatzsicherungsgesetz wurde nach ständigem Druck von SPD Landesfürsten, Opposition und Wirtschaftsverbänden bis auf weiteres im Vermittlungsausschuss geparkt und durch ein weiteres Versprechen der Wirtschaft ersetzt, dieses mal hinreichend Ausbildungsplätze für alle zur Verfügung zu stellen.

#### **Idealismus und Identität**

Auch nach der Bundestagswahl 2002 konnte keine Trendwende hingelegt werden. Ganz im Gegenteil! Die Serie der Landtagswahl-niederlagen ging unaufhörlich weiter und das Wahlprogramm wurde zu Gunsten der Agenda 2010 außer Kraft gesetzt. Die Folgen waren Bastapolitik und innerparteilicher Streit.

Alles wurde für alternativlos erklärt und die Schuld an den Zumutungen den Zwängen der Zeit zugeschrieben. Die verheerenden Verluste in den Umfragen wurde lediglich auf ein Vermittlungsproblem und handwerkliche Fehler zurückgeführt; die sogenannten „Jahrhundertreformen“ blieben bisher wirkungslos.

Die Opposition und ihre Verbündeten in Wirtschaft und Presse hingegen drängten zu weitergehenden Einschnitten in dieselbe Richtung, um dann doch zu blockieren. Dies brachte die Verantwortlichen aus der Regierungskoalition in Erklärungsnot, weil ihre Sachzwanglogik keine Seite überzeugen konnte und sie versäumte, durch das Aufzeigen wirklicher Alternativen an eigenem Profil zu gewinnen. Das einzige Argument, das Ihnen blieb, war schließlich, dass alles im Falle eines Machtwechsels unter der CDU „noch ein bisschen schlimmer“ werden würde.

Die Agenda 2010 hat nicht nur das Land verändert, sondern auch die SPD. Sie verliert ihr Gesicht und ihre alte Mitgliederstruktur. Zum ersten Mal ist sie nichtmehr die mitgliederstärkste Partei Deutschlands; die Identifikation mit den Gewerkschaften löst sich auf und die Zustimmung in der Bevölkerung fiel auf ein historisches Tief.

Die Partei wurde über die letzten Jahre von denen dominiert, die Ende der 60er und in den 70er Jahren eingetreten sind. Seit 7 Jahren ist diese Generation jetzt an der Macht und sie hat enttäuscht. Sie ist angetreten, um durch die Institutionen zu gehen und die Welt zu verändern. Doch bald standen sie vor der Regierungsrealität und musste die Erkenntnis verkraften, dass die Ideen aus ihrer Jugend zum Politikmachen nichts taugen. Die ökologische Wende beschränkte sich auf ein paar Solardächer und eine Ökosteuer zu Lasten der Arbeitnehmer – der Wandel der Arbeitswelt hingegen wird lediglich durch immer weiteren Sozialabbau und neue Zumutungen bestimmt. Die Generation hat sich gespalten in jene, die nun mit der Macht da stehen und nicht wissen, wie sie vernünftig genutzt werden kann und diejenigen, die davon enttäuscht sind. Sie sind davon überzeugt, dass sie es viel besser machen könnten, aber es selbst nicht an die Macht geschafft haben. Sie sind die alten Funktionäre der unteren Ebenen und Kommunalpolitiker. Immer mehr von ihnen kehren der Partei frustriert den Rücken zu.

Diese beiden Gruppen bestimmen noch das Bild der SPD, obwohl momentan die Gruppe der Neumitglieder unter 30 den größten Wachstum verzeichnet. Die eine Seite, die Älteren,

beharren auf ihren alten Vorstellungen und versteifen sich auf Protest oder treten aus der Partei aus, die anderen beugen sich der die Gesellschaft beherrschenden Hegemonie des Neoliberalismus.

Das Ende dieser beiden Gruppen ist abzusehen, sie werden mit dem Verlust der Regierung schnell an Bedeutung verlieren und in das Lager der beobachtenden Politrentner wechseln.

Aber was kommt danach?

Welche Strömungen in der Partei werden die freiwerdenden Plätze an der Spitze einnehmen und die Zukunft der SPD und des Landes bestimmen? Zwei Gruppen stehen sich gegenüber, die in eine Auseinandersetzung um die Deutungshoheit eintreten werden, diejenigen, die den derzeitigen Regierungskurs im Prinzip unterstützen und diejenigen, die nach neuen konstruktiven Alternativen suchen. Diese beiden Blöcke organisieren sich derzeit als Netzwerker bzw. bei den Jusos.

Im Netzwerk sind die regierungstreuen jungen Abgeordneten versammelt, die in den letzten 7 Jahren zunehmend in Ländern und Bund an Einfluss gewonnen haben; sie sehen sich als Nachfolger der 68er und wollen deren Politik fortsetzen. Sie erfahren einen immer größer werdenden Zuspruch und bringen ihre Meinungen bei allen wichtigen Parteidebatten zunehmend deutlicher ein. Sie haben ihre Politik dem allgemeinen Chor der Forderungen nach Konsolidierung und Wohlfahrtsstaatsabbau angepasst. Sie übernehmen die Positionen anderer und unterlassen die Reflexion der aktuellen Verhältnisse; dies führt zu populistischen Politikansätzen.

Nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus konnte nun auch der Kapitalismus sein wahres Gesicht zeigen. Seine Verfechter in Politik, Wirtschaft und Forschung begannen ihren Gesang der Überlegenheit. Sie waren aus dem Kampf der Systeme als Sieger hervorgegangen, was von da an als Legitimation für alles galt, was den Markt befreit und dem Kapital der Kontrolle staatlicher Organisation entzog. Sieger sind immer die Vorbilder einer Gesellschaft gewesen und jene, die Erfolg und Reichtum erlangten, zum Leitbild der neuen Gesellschaftskultur erhoben worden. Die Botschaft lautet immer wieder und überall: „Sei dein eigener Herr, wage etwas, dann kannst du es auch schaffen! Der Einzige, der dich dabei stören kann, ist der Staat, der mit seinen Regeln und Forderungen nur das Glück des Einzelnen zerstört.“ Dies ist die Botschaft, die pausenlos propagiert wurde. Die Folge ist heute die Hegemonie neoliberalistischer Ideologie. Dieses Phänomen hat seit dem Regierungsantritt auch Einzug in die SPD gehalten; gerade das Netzwerk 2010 kämpft für die Übernahme neoliberaler Vorstellungen in das Freiheitsverständnis der Sozialdemokratie. Diese Position unterliegt grundsätzlichen Irrtümern. Nach ihrer Argumentation ist das Hauptproblem der Staat mit seinen sozialen Transferleistungen, der nur quantitativ ausgerichtet sei und deshalb von den meisten nur missbraucht werde. Dabei wird übersehen, dass der deutsche Sozialstaat mit seinen Leistungen nur noch im Mittelfeld der EU-Staaten einzuordnen ist. Des Weiteren wird die Missbrauchsdiskussion auf Talkshowniveau geführt. Das Problem ist nicht, dass Viele nicht arbeiten wollen– es fehlen einfach ca. 7,5 Millionen Arbeitsplätze und damit ebenso viele Beitragszahler! Der demographische Wandel hingegen stellt in erster Linie kein Problem dar, sondern er muss solidarisch gestaltet werden. Es müssen in Zukunft angemessene Antworten darauf gefunden werden, ohne Alt und Jung gegeneinander auszuspielen.

Auch in der Diskussion um das neue Grundsatzprogramm wird die Spaltung der Partei besonders deutlich. Die traditionellen Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität werden gegeneinander ausgespielt. Unter dem Deckmantel der Freiheit wird die Solidarität ausgeblendet, sodass Gerechtigkeit nur noch auf Handlungschancengleichheit reduziert wird. Nach dem Willen der Netzwerker soll sich das neue Programm der Regierungspolitik anpassen und keine allzu großen Hoffnungen wecken, die schnell enttäuscht werden könnten.

Sie behaupten, die Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. Letztendlich steht bei Ihnen jedoch jeder Mensch nur im Mittelpunkt seines eigenen Blickfeldes: er muss selber sehen, wo er bleibt und wie er sich absichert.

Anstatt den Sozialstaat so umzustrukturieren, dass er auf die neuen Bedingungen des flexiblen Kapitalismus reagieren kann, wird er zurückgefahren – gesellschaftliche Risiken werden nach und nach privatisiert. Der Staat soll zum marktwirtschaftlich organisierten Dienstleister werden.

Es liegt in unserer Hand, eine andere Überzeugung in der Partei zu etablieren und wieder Mehrheiten für linke Reformen zum Fortschritt der Gesellschaft zu organisieren. Dafür müssen wir Jusos uns noch mehr Profil und Akzeptanz in der Partei verschaffen. Nur wenn wir ernst genommen werden und uns die Kompetenz in den entscheidenden Bereichen sichern, können wir die Partei davor bewahren, zum bloßen Kanzlerwahlverein und Mehrheitsbeschaffer zu verkommen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die SPD wieder zu einer wirklichen sozialen Bewegung wird, der die Menschen vertrauen.

## **B. Was wollen wir?**

### **1. Ohne Ausbildung gibt es keine Zukunft**

Wir Jusos haben uns lange für das Ausbildungsplatzsicherungsgesetz eingesetzt. Dies haben wir getan, weil es unser Ziel war, dass jeder junge Mensch einen Ausbildungsplatz erhält. Die Unternehmen stehen in der Verantwortung, genügend Ausbildungsplätze bereitzustellen um allen Jugendlichen eine Wahl über ihrer Ausbildung zu ermöglichen.

In den letzten Jahren haben sie aber trotz zahlreicher anderslautender Versprechen ihre Ausbildungskapazitäten radikal gekürzt. Dies führte dazu, dass immer mehr und mehr Jugendliche entweder ohne jede Ausbildung dastehen oder in Ersatzmaßnahmen geparkt werden. Dies kann nicht weiter hingenommen werden. Deshalb fordern wir nach wie vor eine gesetzlich Umlage zur solidarischen Finanzierung der Ausbildung.

Wir müssen feststellen, dass die SPD-Ministerpräsidenten (Beck, Simonis und Steinbrück), aber auch Superminister Clement, das Ausbildungsplatzsicherungsgesetz immer wieder torpediert haben. Danach haben sie die Position der Politik gegenüber den Unternehmen nachhaltig geschädigt. Sie tragen somit die Verantwortung für den nun ausgehandelten, wenig verbindlichen Pakt.

Was wir jetzt bekommen haben, ist eine erneute Hintertür für die Unternehmen, um sich aus der Verantwortung stehlen zu können. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Unternehmen lediglich 30.000 „neue“ Ausbildungsplätze schaffen müssen, denn diese gibt es jedes Jahr. Was wir wirklich brauchen sind zusätzliche Ausbildungsplätze, um die vorhandene Lücke zu schließen.

Das Ausbildungsplatzsicherungsgesetz muss verabschiedet werden und wenn die Unternehmen ihr Versprechen nicht einlösen, muss es noch dieses Jahr ausgelöst werden. Wir können uns nicht noch einen weiteren Jahrgang ohne genügend Ausbildungsplätze leisten.

### **2. Alle in Sicherheit**

Seid der Veröffentlichung der Ergebnisse der "Rürup-Kommission" im vergangenen Jahr hat sich in der SPD auch über die Gesundheitsreform hinaus eine intensive Diskussion über die Zukunft des Sozialstaats entwickelt. In weiten Teilen der Partei ist man zu der Erkenntnis gekommen, dass das bloße Drehen an den Finanzschrauben und das schrittweise Zurückfahren der Leistungen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die sozialen Probleme nicht löst. Diese Maßnahmen, die regelmäßig als die großen Reformen angepriesen wurden, führten nur in eine immer weiterführende Abwärtsspirale, bei der kein Ende abzusehen ist.

Der weihnachtliche Kompromiss im Vermittlungsausschuss zwischen Regierung und CDU hat diese Erkenntnisse bedauerlicherweise nicht berücksichtigt. Ganz im Gegenteil: es wurde eine Umverteilung der Kosten von den Arbeitgebern zu den Patienten hin vorgenommen. Für den Arztbesuch muss jetzt Eintritt gezahlt werden. Für das Krankengeld muss privat vorgesorgt werden, für Medikamenten muss mehr zugezahlt werden; außerdem werden Zahnersatz und Brillen nicht mehr bezahlt. Dafür wurden Beitragssenkungen versprochen, die sich nie eingestellt haben. Und schon kurz nach der schönen Nacht von Ulla Schmidt und Horst Seehofer wurde verkündet, dass all dies noch nicht ausreicht und weiter „reformiert“ werden müsse.

Die CDU und ihr liberaler Mehrheitsbeschaffer fordern als Antwort darauf die Aufgabe der solidarischen Krankenversicherung. Kopfpauschale und Erweiterung der privaten Vorsorge führen aber dazu, dass sich nur noch Besserverdienende eine angemessene Behandlung leisten können. Die Folge wäre eine Zweiklassenmedizin, bei der die Geringverdiener gezwungen sind, in der gesetzlichen Krankenkasse zu bleiben und Abstriche bei den Leistungen in Kauf nehmen müssen. Dieses Schreckenszenario darf nicht zur Realität werden.

In der SPD hingegen bildete sich ein breiter Konsens für die Bürgerversicherung, also für einen elementaren Umbau des Krankenversicherungssystems. Aber nicht alle verstehen darunter dieselbe Antwort auf die derzeitige Schieflage. Deshalb gilt es für uns Jusos, in dieser Debatte eine Führungsrolle zu übernehmen und unser Verständnis von einer solidarischen Bürgerversicherung durchzusetzen.

Grundprinzip und Voraussetzung für das Funktionieren einer solidarischen Bürgerversicherung ist, dass alle drin sind und zahlen, sodass alle die bestmögliche Versorgung erhalten.

Die Bürgerversicherung muss für alle verpflichtend sein, denn wenn sich die Jungen und Gesunden in die für sie günstigere Privatversicherungen zurückziehen, verbleiben gerade diejenigen in den gesetzlichen Versicherungen, die von (chronischen) Krankheiten betroffen sind, sowie jene, die ein kleines Einkommen haben. Somit müssten die GKV mit geringen Einnahmen die meisten Kosten tragen. Dies würde unweigerlich zum Kollaps der GKV führen. Deshalb darf sich niemand aus der Verantwortung stehlen – auch Beamte, Selbstständige und Politiker nicht!

Das Prinzip der Solidarität erfordert eben, dass alle gemeinsam die Risiken des Einzelnen auffangen. Nur so kann gemeinsam die Sicherheit für alle gewährleistet werden.

Jeder zahlt von seinem Einkommen den gleichen Prozentsatz in die Bürgerversicherung ein. Für die Berechnung der Beiträge müssen alle Einkommensarten herangezogen werden, auch Mieteinnahmen, Spekulationsgewinne und Zinsen; durch diese Mehreinnahmen kann der Faktor Arbeit zusätzlich entlastet werden. Außerdem darf es keine Beitragsbemessungsgrenzen mehr im System geben, denn nur so kann es gerecht sein.

Das Geldvolumen, das in Deutschland jedes Jahr für Gesundheit ausgegeben wird, reicht für eine vernünftige Versorgung aller. Durch die breitere Grundlage der Bürgerversicherung würde die Einnahmeseite wachsen. Dieser Überschuss muss auf alle Beitragszahler umgelegt werden, was zu niedrigeren Beitragssätzen als heute führen wird.

Für alle Mitglieder muss die optimale Versorgung garantiert werden. Das heißt: alle bekommen das Gleiche, also die Behandlung, die notwendig ist. Unser Versorgungssystem ist nicht das beste, aber eines der teuersten. Deshalb gilt es auch zu sparen und gleichzeitig die Qualität zu erhöhen. Hier müssen auch Pharmaindustrie, Ärzte und Apotheken ihren Beitrag leisten, dafür müssen auch die bisher erarbeiteten Konzepte, wie beispielsweise die Positivliste, umgesetzt werden. Dazu gilt es, zukünftig mehr auf Prävention und Vorsorge zu achten.

### **3. Lieber früh, als zu spät**

Die derzeitigen sozialen Sicherungssysteme stehen vor ihrem Ende. Sie wurden in ihren Grundzügen vor 120 Jahren entwickelt, um die Probleme zu mindern, die sich aus der industriellen Revolution ergaben. Heute leben und arbeiten wir im flexiblen Kapitalismus, in dem sich die Verhältnisse auch auf dem Arbeitsmarkt geändert haben. Dies hat zur Folge, dass die alten Mechanismen nicht mehr greifen. Die Frage ist nur, wie ihr Ende gestaltet wird: Werden sie, dem neoliberalen Gedanken folgend, nach und nach privatisiert und einfach nur die garantierten Leistungen weiter gekürzt?

Die Alternative bedeutet den radikalen Umbau des Systems. Dabei steht fest, dass Arbeitslosigkeit ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt und von dem einzelnen Arbeitslosen nicht persönlich zu verantworten ist. Deshalb muss auch das Risiko Arbeitslosigkeit solidarisch abgesichert werden. Außerdem muss es eine Konzentration auf die Vorsorge geben, denn was die Menschen in Arbeit hält ist sinnvoller und günstiger als bloßes Einspringen im Ernstfall.

Diese Arbeitsversicherung soll nicht erst dann eingreifen, wenn der Notfall Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Die Erwerbstätigen erwerben durch ihre Leistungen Ansprüche, z.B. auf kürzere Arbeitszeit und auf kostenlose Teilnahme an Qualifikationsmaßnahmen. Diese sollen sie sowohl in der Erwerbszeit, als auch in Übergangszeiten einlösen können.

Die Arbeitsversicherung wird mit dazu beitragen, das Ziel Vollbeschäftigung zu erreichen. Denn nur bei einem Sozialstaatsmodell, das es den Menschen ermöglicht, ihre unterschiedlichen Erwerbsbiographien im flexiblen Arbeitsmarkt nach ihren eigenen Anforderungen zu gestalten, wird die Akzeptanz für den Sozialstaat wieder wachsen. Vollbeschäftigung muss dabei den neuen Umständen der Globalisierung und Flexibilisierung Rechnung tragen. Das klassische Beschäftigungsmodell des lebenslang in einem Unternehmen verbleibenden Arbeitnehmers wird immer seltener. Wechsel im Laufe des Berufslebens sind zur Normalität geworden, zum Teil freiwillig, aber meistens auf Grund von „Rationalisierung“. Außerdem muss die ständige Notwendigkeit von Weiter- und Fortbildung berücksichtigt werden.

Vor allem muss jedoch der Grundsatz des Vorrangs aktiver vor passiven Leistungen und damit der Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit konsequent umgesetzt werden. Dafür muss die Vielzahl von einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in der Arbeitsversicherung gebündelt und verstetigt werden. Sie erhält somit eine lebensbegleitende Funktion. Für Arbeitslose muss es einen Rechtsanspruch auf Arbeitsmarktintegration durch individuelle Betreuung und Förderung geben; dazu muss eine hinreichende Versorgung garantiert werden.

Die Arbeitsversicherung ist eine Pflichtversicherung für alle Beschäftigten. Dies bedeutet auch die Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen. Dadurch wird nicht nur zum Solidaritätsgedanken beigetragen, sondern auch die Kontinuität der sozialen Sicherheit gewährleistet.

### **4. Einmal angefangen und immer weiter**

Lernen ist ein Grundrecht! Wir wollen, dass jeder junge Mensch die Möglichkeit erhält, entsprechend seiner persönlichen Fähigkeiten die bestmögliche Bildung zu bekommen, unabhängig von seinem sozialen Hintergrund. Bildung ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe – wer Menschen die Möglichkeit nimmt, zu lernen, nimmt ihnen auch die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. Bildung muss lebenslang und auf allen Ebenen der Gesellschaft ausgebaut und weiterentwickelt werden. Sie beginnt schon im Kindergarten und führt über Schule, Ausbildung und Hochschule in den Beruf. Aber dann darf nicht Schluss sein. Sich zu bilden ist ein lebensbegleitender Prozess, der nie aufhört. Auch dafür muss der Staat die notwendigen Einrichtungen bereitstellen, wobei aber Fortbildung weiterhin Aufgabe der Betriebe sein muss.

Bildung ist aber auch mehr als bloße Befähigung für den Arbeitsprozess. Wir haben noch andere Maßstäbe. Bildung hat einen Eigenwert für die Entfaltung der Persönlichkeit: nur wer lernt, was Demokratie mit humanistischen Anschauungen ist, kann auch dafür gewonnen werden. Die nachfolgenden Generationen werden nicht mehr aus erster Hand erfahren können, was die Alternativen sind.

In der Schule müssen neue Wege der Vermittlung gefunden werden. Wie PISA gezeigt hat, können die immer größer werden Informationsmengen den Schülern nicht mehr auf traditionelle Weise eingetrichtert werden. Es muss vielmehr dazu übergegangen werden, die Fähigkeit der Wissensgewinnung und Verarbeitung zu vermitteln, als immer und immer nur noch mehr Fachwissen. Auch die Struktur unseres Schulsystems ist als überholt entlarvt worden. Deshalb wollen wir ein System, das jedem Schüler eine individuelle Förderung und Forderung ermöglicht. Hierfür ist eine ganztägige Gesamtschule am geeignetsten. Die hierzu gefassten Beschlüsse haben weiterhin ihre Gültigkeit und müssen nicht nur der niedersächsischen Landesregierung, sondern auch in der SPD fortwährend als Alternative angepriesen werden.

Bildung ist die Quelle, aus der unser Wohlstand entspringt. Es ist die wichtigste staatliche Aufgabe, Jede und Jeden zu einer bestmöglichen Ausbildung zu bringen. Dabei muss gelten, dass der Staat und nicht Schüler, Studenten oder deren Eltern die Bildung finanzieren. Schüler und Studenten sollen lernen und leben – nicht jobben. Bildung ist die Grundlage unserer Gesellschaft. Daher muss der Bedarf an Bildung auch gesamtgesellschaftlich getragen werden. Wer viel hat, kann auch viel beitragen. Wenn jemand gut verdient, ist es egal, ob er diese Position durch einen Hochschulabschluss oder andere Fähigkeiten erworben hat. Wir wollen, dass weder Kindergarten noch Universitäten ein Privileg derer sind, die es sich leisten können. Statt Studiengebühren brauchen wir wieder eine effektive Vermögenssteuer und eine Erhöhung des Ertrags aus der Erbschaftssteuer.

## **5. gleich berechtigt und nicht erst später**

Es gibt zwei grundlegende Widersprüche in unserer Gesellschaft – der eine besteht zwischen Mann und Frau. Dieser muss überwunden werden, um ein gerechtes und solidarisches Zusammenleben in Freiheit zu ermöglichen. Dies bedeutet für uns in erster Linie die Überwindung der patriarchal geprägten Strukturen. Frauen müssen die gleichen Freiheiten und Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Partizipation nicht nur auf dem Papier zugestanden werden – sie müssen auch in ihrem realen Lebensumfeld durchsetzbar sein.

Den Worten müssen also auch Taten folgen. Es reicht nicht, sich zur Quote zu bekennen und sich auf den feministischen Richtungsverband zu berufen; auch das eigene Verhalten muss im politischen wie im privaten Leben hinterfragt und gegebenenfalls verändert werden. Das Bekenntnis zum Feminismus muss endlich auch in der täglichen Verbandsarbeit verwirklicht werden.

Konkretes Problem in der Arbeitswelt ist, dass die Verhältnisse immer noch den Gegebenheiten der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung entsprechen. Es ist für Frauen wesentlich schwieriger, Karriere zu machen, obwohl sie bessere Schulabschlüsse als ihre männlichen Altersgenossen erlangt haben. Dies führt dazu, dass bei Familiengründung meist die Frau den Beruf aufgibt, weil der Mann mehr verdient. Das begünstigt die traditionellen Rollenbilder, die patriarchalische Strukturen festigen und der Emanzipation der Frau entgegenwirken.

## **6. generationengerecht handeln – Zukunftschancen schaffen**

Zur Zeit sind Kinder eines der größten Armutsrisiken in Deutschland. Dies ist für uns untragbar. Das Aufziehen und Erziehen von Kindern muss honoriert und nicht belastet werden. Vor allem die Vereinbarkeit von Karriere und Kindererziehung muss erleichtert werden. Elementar hierfür ist die Bereitstellung einer umfassenden Ganztagsbetreuung, sowie die Garantie, nach Pausen für Kindererziehung wieder ohne Nachteile in den Beruf zurückkehren zu können. Daneben muss auch eine finanzielle Besserstellung von Familien bewerkstelligt werden. Orientierung dabei darf nicht die Ehe, sondern müssen die Kinder sein. Deshalb gilt es zum Beispiel, das Ehegattensplitting zu Gunsten höheren Kindergeldes abzuschaffen oder Erziehungszeiten bei der Rente besser anzurechnen. Noch viel wichtiger ist aber, allen Kinder eine kostenlose Betreuung und Ausbildung zu verschaffen.

## **7. Was man damit nicht alles machen kann**

Egal wo man heute hinkommt, überall wird sich über die zu hohen Steuern und vor allem über das komplizierte System beklagt. Infolge der Verhandlungen um das Vorziehen der 2. Stufe der Steuerreform ist das Thema wieder auf die politische Agenda gekommen. In der politischen Diskussion über ein neues Steuersystem ist besonders deutlich geworden, welches unterschiedliche Verständnis es von Gerechtigkeit gibt. Weder das Stufenmodell von Merz und erst recht nicht das Abgabenmodell von Kirchhof können unserem Anspruch an ein gerechtes Steuersystem genügen. Beide führen sowohl zu erheblichen Steuerausfällen, als auch zu einer Umverteilung der Lasten von oben nach unten. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass jegliche Form der Steuervergünstigung abgeschafft wird, darunter sowohl die Feiertags- und Nachtzuschläge, als auch die Pendlerpauschale. Dadurch werden besonders die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer belastet. Wir müssen mit allen Mitteln verhindern, dass diese Konzepte umgesetzt werden.

Es ist festzustellen, dass es kein einfaches Steuersystem gibt, das gleichzeitig auch gerecht ist. Wir müssen in diese Debatte offensiv einsteigen, sonst ist sie nicht zu gewinnen.

Das größte Problem mit den Steuern in Deutschland ist weder die Höhe, noch deren Komplexität. Das größte Problem ist die Einstellung vieler Bürger, dass sie viel vom Staat erwarten, aber dafür wenig zahlen wollen. Hier müssen Wege gefunden werden, wie von allen ein gerechter Beitrag erhoben werden kann. Dazu muss die Aufmerksamkeit auf die Leistungen gerichtet werden, die mit den Steuereinnahmen finanziert werden. Dadurch kann das System so geändert werden, dass es wieder als gerecht empfunden wird.

Gerecht ist ein Steuersystem, wenn es nicht an Gleichmacherei orientiert ist, sondern die Möglichkeiten des Einzelnen berücksichtigt. Dazu gehört auch, dass alle Einkünfte gleichermaßen angerechnet werden. Wir wollen, dass jeder nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert wird. Deshalb halten wir am System linear-progressiv erhobener Steuern fest. Gerecht ist, was nötig ist, die Aufgaben des Staates zu erfüllen. Dabei kann derjenige einen größeren Beitrag leisten, der auch ein höheres Einkommen hat. Es gilt, auch die Bemessungsgrenze zu erhöhen. Dies muss zum Einen durch die Heranziehung aller Einkommensarten geschehen – zum Anderen müssen die Steuersubventionen auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Dabei ist es selbstverständlich, dass sowohl die Schichtzuschläge für Feiertags- und Nachtarbeit, als auch die Pendlerpauschale nicht zur Debatte stehen.

Um gesamtgesellschaftlich den Wohlstand zu erhöhen und gleiche Chancen für alle zu ermöglichen, ist und bleibt Umverteilung des Zuwachses und des Bestandes notwendig. Deshalb gilt: Steuern sind zum Steuern da! Sie sind das wichtigste Mittel zur Umverteilung. Wir halten nach wie vor die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erbschaftssteuer für geeignet, um die Investitionen in Bildung und Forschung zu erhöhen.

Durch eine vernünftige Steuerpolitik müssen auch Impulse für Investitionen und Konsum gesetzt werden. Deswegen ist gerade in haushaltstechnisch schwierigen Zeiten unverständlich,

warum der Spitzensteuersatz weiter gesenkt werden soll. Darauf sollte zu Gunsten der unteren Einkommensregionen verzichtet werden, denn gerade diese Steuererleichterungen würden sofort in den Konsum übergehen und dadurch die Wirtschaft stimulieren. Auch eine Dreiteilung der Mehrwertsteuer, sprich eines erhöhten Satzes auf Luxusgüter, zu Gunsten der Verbrauchsgüter, kann dazu beitragen.

Ein unverständlicher Zustand ist auch der völlige Einbruch der Einnahmen aus der Körperschaftsteuer. Es scheint schon verwerflich, wenn unter einer sozialdemokratischen Bundesregierung die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer mehr Belastungen ausgesetzt werden, während kaum noch ein großes Unternehmen Steuern zahlen muss, bzw. sogar Rückerstattungen erhält. Um dies umzukehren, müssen neue Formen der Unternehmensbesteuerung gefunden werden, die sich an der Produktivität orientieren.

Der größte Teil der Investitionen in Deutschland wird von den Kommunen getätigt. Außerdem werden auf dieser Ebene Missstände besonders schnell wahrgenommen, weil sie sich sofort auf die Lebensqualität der Menschen niederschlagen. Deshalb ist es ein untragbarer Zustand, dass so viele Kommunen finanziell handlungsunfähig geworden sind. Dies ist kein Fehler der Kommunen selbst, sondern durch die stetige weiter wachsende, von Bund und Ländern aufgetragene Belastung verursacht. Wir brauchen eine Entlastung der Kommunen und eine Gemeindefinanzreform, die zu einer Verstärkung der Einnahmen in den Gebietskörperschaften führt.

Damit der Staat in schweren Zeiten handlungsfähig ist, muss in guten Zeiten konsolidiert werden. Dies wurde in der Vergangenheit zu sehr vernachlässigt. Nichtsdestotrotz ist eine Konjunkturkrise, wie wir sie derzeit durchmachen, der falsche Zeitpunkt, um auf Teufel komm raus die Schulden abzubauen. Dass das nicht funktioniert, wird bei den ständigen Neuverschuldungsrekorden immer deutlicher.

Bei einer Fortsetzung der Finanzpolitik unserer Regierung wächst der Schuldenstand stetig weiter an und gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit, verkommt die Infrastruktur und der Sozialstaat wird abgebaut. Demzufolge muss auch der Wachstums- und Stabilitätspakt neu ausgelegt werden; schließlich sind die Probleme nicht allein deutscher, sondern europäischer Natur.

## **8. Und es geht immer noch weiter**

Am ersten Mai dieses Jahres sind der Europäischen Union zehn neue Mitglieder beigetreten. Dies bedeutet das endgültige Ende eines der größten Konflikte des 20. Jahrhunderts. In Folge des Zweiten Weltkrieges und der anschließenden Festlegung auf ideologische Alternativen zum Faschismus wurde Europa durch den Eisernen Vorhang geteilt. Nach dem Zusammenbruch des real existierenden Kommunismus in den Jahren 1989 bis 1992 hat sich ein enormer Reformprozess in den ehemals von der UdSSR beherrschten Ländern vollzogen. Folgerichtig wurde die EU anhand der seit altersher gewachsenen Grenzen erweitert und die mittel- und osteuropäischen Staaten in das Bündnis EU aufgenommen.

Europa muss und wird weiter wachsen, sowohl nach Innen als auch nach Außen. Wenn es gelingt, die EU nicht nur auf ökonomischer Ebene, sondern auch in allen sozialen und mitmenschlichen Bereichen, sowie die Demokratie und Identität betreffend immer weiter auszubauen und zu einen, werden für Europa auch in Zukunft keine Grenzen gezogen werden können. Es ist aber derzeit nicht gewiss, ob dies gelingen kann, denn bisher herrschen Marktdenken und Neoliberalismus auf europäischer Ebene vor.

Europa muss zum sozialen Leitmotiv zurückkehren. So wichtig Binnenmarkt und Euro auch sind, können sie mittelfristig nicht die soziale Gestaltung Europas ersetzen. Europa wird keine Chance haben, wenn es nur zur Konkurrenzbildung der Länder und Menschen untereinander führt. Europa muss ein Projekt in Gemeinschaft und Solidarität werden. Die soziale Gestaltung wird die größte Herausforderung des Integrationsprozesses sein und vor allem



zwei Forderungen erfüllen müssen: erstens muss es eine allmähliche Annäherung aller geben, wobei aber zweitens niemand Einbußen erleiden darf.

Das Modell Europa kann nur erfolgreich sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich mit Europa identifizieren können. Der wichtigste Schritt dafür ist Bürgernähe. Vorteile und Fortschritt müssen für die Menschen erlebbar werden! Skandale und unnötige Bürokratie müssen vermieden werden. Es muss endlich eine europäische Verfassung verabschiedet werden, die sowohl die Grundrechte als auch die Kompetenzen und die Struktur regelt. Identität kann nur dann entstehen, wenn man auch beteiligt ist und mitentscheiden kann. Das Demokratiedefizit muss so schnell wie möglich abgebaut werden, indem das Parlament gestärkt wird und Entscheidungen nicht mehr nur nach jeweiligen Nationalinteressen getroffen werden.

Europa wird und muss in der Zukunft seine Verantwortung für den Frieden in der Welt gerecht werden. In der Diskussion um den Irak-Krieg hat sich gezeigt, dass sich zwar einige Regierungen dem gemeinsamen Kurs der Friedenserhaltung entzogen haben, aber die Bevölkerung in diesen Ländern hat sich dagegen ausgesprochen. Erste Konsequenz war die Abwahl der Konservativen in Spanien. So wurde deutlich, was die Menschen in ganz Europa wollen. Sie wollen ein starkes Europa, das sich für den Frieden einsetzt und Konflikte unter der Leitung der EU zu lösen versucht.

Wir wollen eine soziale und friedliche Republik Europa.

### **9. Freiwillige vor!**

Wir sprechen uns für die Abschaffung der Wehrpflicht aus. Wir sehen mittelfristig eine stark verkleinerte Bundeswehr als unser Ziel hin zur Überwindung nationaler Armeen. Als Alternative zur Wehrpflicht schlagen wir eine Freiwilligenarmee vor. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, in der laufenden Legislaturperiode einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen. Die Einführung einer „allgemeinen Dienstpflicht“ als Ersatz für den entfallenen Zivildienst lehnen wir ab. Stattdessen ist im Bereich der sozialen Dienstleistungen ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor mit sozialversicherungspflichtigen vollwertigen Arbeitsverhältnissen anzustreben. Wir fordern den Bundesvorstand auf, einen entsprechenden Kampagnenbeitrag zu entwickeln, um die Abschaffung der Wehrpflicht voranzutreiben. An der unabdingbaren Diskussion um die Zukunft der sozialen Dienste in Deutschland müssen die Wohlfahrts- und Naturschutzverbände, die Interessenvertretung der Kriegsdienstverweigerer, die Kommunen, die Kranken- und Pflegekassen und die Bundesanstalt für Arbeit intensiv beteiligt werden.

### **10. Partei mit Zukunft**

Die Partei steht vor einem entscheidenden Generationenwechsel. Wir sind selbst dafür verantwortlich, dass er zu unseren Gunsten vollzogen wird. Nur wenn wir Jusos es schaffen, uns als Akzeptierte Kraft innerhalb der Partei zu etablieren, werden wir unseren Wechsel in die Verantwortung für die Partei ermöglichen können.

Wir Jusos müssen Alternativen zur derzeitigen Regierungspolitik präsentieren. Nur wenn man mit uns Inhalte und Kompetenz in Verbindung bringt, können wir Einfluss nehmen und die gesellschaftliche Hegemonie des Neoliberalismus, ausgehend von unserer eigenen Partei, brechen. Unsere Stärke der Entwicklung eigener Alternativkonzepte beruht auf der Überzeugung, die Wege nach einer aktuellen Analyse der Umstände auszurichten und dabei unseren Prinzipien und Grundwerten zu folgen. Dies ist eine Fähigkeit, die auf der konkurrierenden Seite in der SPD nicht gepflegt wird – dort wird die Methode der Politik von der Hand in den Mund praktiziert. Deutungshoheit in den Debatten kann man aber heute nicht mehr nur durch die besseren Argumente gewinnen. Es müssen Strategien zum Verkaufen der Botschaften entwickelt werden, die sowohl die Genossinnen und Genossen überzeugen, als auch in der Öffentlichkeit

Akzeptanz finden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es geboten, sich an dem allgemeinen Setzen von Schlagworten zu beteiligen, nur darf es nicht geschehen, dass diese leer im Raum stehen bleiben. Sie müssen mit Inhalt und Argumenten gefüllt werden.

Um dies zukünftig zu garantieren, müssen wir uns weiter professionalisieren und die Projektarbeit ausbauen. Die kann zwar manchmal langwierig sein, ist aber sehr wichtig und erfolgversprechend, wie zuletzt die Einführung der Umlage gezeigt hat. Wir müssen immer wieder die wichtigen Themen besetzen und kontinuierlich bearbeiten und in die politische Diskussion einbringen. Um Themen besetzen und von Erfolg gekrönte Projekte ausführen zu können, brauchen wir sowohl fähiges politisches Führungspersonal, als auch eine breite, gut geschulte Basis.

## **C. Der Bezirk**

Der Bezirk ist nichts anderes als die Summe seiner Untergliederungen und einzelnen Mitglieder. Besteht der Bezirk also aus Unterbezirken, kann es keine „Bezirksjusos“ geben. Dieses wie jedes Bezirksarbeitsprogramm kann daher nicht nur für den Bezirksvorstand gelten; es stellt vielmehr eine Vereinbarung zwischen allen aktiven Jusos dar, worauf wir in den AGen, Unterbezirken und im Bezirk unsere Arbeitskraft gemeinsam konzentrieren. Nicht nur der Bezirksvorstand muss sich daher an diesem Arbeitsprogramm messen lassen – wir alle müssen dies in gleicher Weise tun!

Die wichtigsten grundsätzlichen Funktionen des Bezirkes sind:

- die programmatische Weiterentwicklung der Jusos zu organisieren
- Bildungsarbeit zu leisten
- die Jusos des Bezirks in Landes- und Bundesverband zu vertreten
- die Vernetzung der aktiven Jusos zu fördern
- die Unterbezirke bei der Verwirklichung des Arbeitsprogramms zu unterstützen!

### **1. Tagespolitik**

Der Bezirksvorstand führt in regelmäßigen Abständen Abendveranstaltungen zu jeweils aktuellen tagespolitischen Themen durch. Hierdurch sollen die Aktiven in den Unterbezirken Argumentationsgrundlagen für eigene Veranstaltungen erhalten und inhaltlich fortgebildet werden. Hierzu sollten jeweils so hochkarätige Referenten wie möglich gewonnen und Einladungen zu den Veranstaltungen so früh wie möglich versendet werden. Diskutiert werden sollen aktuell auf Bundes- oder Landesebene diskutierte oder andere von den Unterbezirken eingebrachte Themen. Die Veranstaltungen sollen werktags abends stattfinden und nicht länger als drei Stunden dauern.

### **2. Bezirksvorstandssitzungen**

Der Bezirksvorstand trifft sich in regelmäßigen Abständen zu öffentlichen Sitzungen. Inhalt dieser Sitzungen sind – neben strukturellen, personellen und organisatorischen Fragen – die Vorbereitung der programmatischen Arbeit und insbesondere die Organisation der im Folgenden aufgezählten Vorhaben.

### **3. Projekte der Bevo-Mitglieder**

## **Sozial und alle dabei**

.Dem Sozialstaat droht an allen Fronten der Abbau, er wird der Hoffnung geopfert, dass schon Lohnnebenkostensenkung durch Leistungsabbau die Probleme der Wirtschaft lösen würden.

Die Umgestaltung des Sozialstaats bleibt daher der Kern unserer Politik. Dabei wird in nächster Zeit vor allem das Gesundheitssystem betroffen werden.

Die Gestaltung einer solidarischen Bürgerversicherung ist das wichtigste Projekt der Sozialdemokratie in Deutschland, es ist sowohl die Aufgabe, dem Sozialstaat eine Zukunft zu garantieren, als auch das Politikfeld, indem sie gegen die Konservative mit ihrer Kopfpauschale noch wirksam punkten kann. Es ist daher auch für uns Jusos ein elementares Thema im nächsten Jahr.

Wir werden unsere Braunschweiger Position vor allem im Zuge der Ferienschule in Dänemark entwickeln. Dieses Konzept muss dann in einer Tagesveranstaltung zu einer übereinstimmenden Meinung im Bezirk fortentwickelt werden. Des Weiteren sind sowohl interne Schulung, als auch Auseinander und Austausch mit externen Experten nötig, um den Gedanken der solidarischen Bürgerversicherung in Partei und Gesellschaft zu etablieren. Dies ist ein Thema, bei dem wir Jusos unsere Kompetenz beweisen müssen und auch können, um für weitere Akzeptanz zu erzeugen.

Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, der Sozialdemokratie wieder Glaubwürdigkeit und Kompetenz zu verschaffen. Denn da Münte nur noch schönes Wetter macht, wird auch keine Flut mehr kommen, die uns 2006 noch einmal retten kann.

## **Sozialismus und was wir sonst noch so wollen**

Seit dem Bundesparteitag 2001 steht fest, dass es ein neues Grundsatzprogramm für die SPD geben wird, weil das Berliner Programm von '89 überholt sein soll. Seit dem hat sich in Teilen der Partei eine intensive Debatte darüber entwickelt welcher Grundwert im Mittelpunkt stehen soll und wie sich die übrigen dazu verhalten. Diesen Prozess gilt es für uns Jusos kritisch zu begleiten und dafür zu kämpfen, dass unsere Schwerpunkte auch in dem neuen Programm ihren Niederschlag finden werden. Dafür werden wir uns mit den Vertretern der verschiedenen Auffassungen auseinandersetzen müssen, dies soll vor allem auf unseren eigenen Abendveranstaltungen im nächste halben Jahr geschehen. Ziel muss es sein sich auch auf dem nächsten Bezirksparteitag mit einer klaren Position zu präsentieren und uns Mehrheiten zuzusuchen, die nicht dem neoliberalen Ansatz unterstützen, der Handlungsfreiheit mit Gestaltungsfreiheit verwechselt.

Wir Jusos wollen ein wirkliches Grundsatzprogramm, das unseren Zielen, Hoffnungen und Prinzipien Rechnung trägt. Es darf nicht zu einem Wahlprogramm verkommen, das unsere Überzeugungen den Ängsten des Kapitals opfert. Nur weil die Regierung keine eigenen Antworten auf die Zwänge der Globalisierung findet, darf nicht der Neoliberalismus Eingang finden und als alternativlos akzeptiert werden.

Für uns Jusos muss klar sein, dass Sozialismus ohne Demokratie keine Freiheit bringen kann und Demokratie ohne Sozialismus keine Demokratie ist. Deshalb halten wir am Demokratischen Sozialismus fest und verstehen ihn als die Aufgabe, durch Demokratisierung der Gesellschaft unsere Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu verwirklichen.

„Solidarität ist das Bindeglied zwischen Freiheit und Gerechtigkeit, den nur durch solidarisches Verhalten kann das streben nach möglichst viel Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft in Einklang gebracht werden mit dem Bedürfnis nach möglichst viel individueller Freiheit.“ (Brandt)

## Global Action For Peace

### Thema:

Anknüpfend an die Diskussionen, die sich rund um die Europawahl ergeben haben, wollen wir unsere Inhalte weiterentwickeln, indem wir uns mit der europäischen Außenpolitik näher befassen. Ausgehend von der ESVP wollen wir uns mit den Anforderungen an die Friedensmacht Europa auseinandersetzen. Damit einher geht auf der einen Seite die Beschäftigung mit der Demokratisierung der EU – auf der anderen Seite müssen aber auch die Wirkungen internationaler Beziehungen in die Diskussion mit einbezogen werden.

### Arbeitsform:

Medial durchgestylte Tagesveranstaltungen mit Tagungsgetränken und special guests aka Referenten

### Nahziel: Wehrpflicht / Staatliche Zwangsdienste

Die Bundesrepublik Deutschland braucht in der heutigen Zeit keine Armee, die sich aus Wehrpflichtigen rekrutiert.

Streitbar ist, ob dies jemals der Fall war, jedoch fehlt den Befürwortern dieses Systems seit dem Zusammenbruch (bzw. der Auflösung) des Warschauer Paktes ein wichtiges Argument. Jungen Menschen soll und darf nicht unnötig in ihre Lebensplanung eingegriffen werden. Sollte die BRD heutzutage überhaupt noch eine Armee benötigen, so könnte sich diese unter den derzeit gegebenen Umständen (sprich : Truppenstärke) ebenso gut und nach Expertenmeinungen sogar sehr viel kostengünstiger aus Freiwilligen zusammenfinden. Ein deutlicher Vorteil, den die deutsche Gesellschaft aus dem Status Quo der staatlichen Zwangsdienste zieht, ist zweifellos die Quantität an Pflegepersonal u.ä. in Form von kriegsdienstverweigernden Heranwachsenden.

Allerdings darf die Erhaltung des Zivildienstes nicht als Argument für die Wehrpflicht anerkannt werden.

Wie die Versorgung derjenigen, denen heute noch von Kriegsdienstverweigerern geholfen wird, in Zukunft sinnvoll funktionieren kann, muss und wird noch geklärt werden.

Um diese und weitere offene Fragen und sonstigen Informationsbedarf zu klären bzw. zu stillen, und aber auch über Meinungsverschiedenheiten zu diskutieren, wird im Juso-Bezirk Braunschweig ein Projekt Wehrpflicht / Staatliche Zwangsdienste ins Leben gerufen, in dessen Rahmen sowohl Seminare als auch Beratung für Kriegsdienstverweigerer (und natürlich für die, die als solche erst noch anerkannt werden wollen), sowie auch für alle anderen Wissensdurstigen stattfinden soll.

- Vernetzung der an internationaler Politik interessierten Jusos aus allen Unterbezirken
- Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Fokusgruppe Internationales
- Rückkopplung mit dem Umbauprojekt Globalisierung; insbesondere mit dem AK Europa

### Zwischenziel:

- niedersächsischer Antrag zum Buko 2005

### Fernziel:

Sozialismus 2025 – Die Weltrevolution muss internationalistisch sein!

## **Regionale Entwicklung**

Eine ganze Reihe unterschiedliche Organisationen befassen sich bereits mit der Entwicklung unserer Region und zwar aus verschiedenen Perspektiven und mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Zielen. Wie sich unsere Region hingegen aus Sicht der Jusos weiterentwickeln soll, das wird Thema des Projekts „Regionale Entwicklung“ sein.

Dabei spielt die Frage, was eine Region eigentlich zur Region macht und zusammenhält, eine große Rolle. Ein Name reicht nicht, um Identität zu schaffen. Es müssen Beziehungen über Netzwerke, beispielsweise in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur und Wissenschaft geschaffen werden.

Nach einer Analyse dessen, was unsere Region bietet und wo ihre Schwerpunkte liegen, soll diskutiert werden, welche Potentiale wir verstärken möchten und wie dies zu realisieren wäre. Dazu gehört, über den Tellerrand zu schauen und z.B. ausgewählte Regionen Deutschlands und Europas zu untersuchen. So könne wir weitere Aspekte in die öffentliche Diskussion einbringen, die vielleicht noch keine Beachtung finden.

Im Dialog mit Vertretern des „Projekt Region Braunschweig“, des „Zweckverbandes Großraum Braunschweig“ u.a. erhalten wir einen Einblick in die Arbeitsweise und die Leitgedanken dieser Institution.

Ziel der Projektgruppe soll sein, ein eigenes Bild unserer Region zu entwickeln, das medial aufbereitet – durch Aktionen unterstützt – der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Ergebnisse der inhaltlichen Arbeit werden dokumentiert und sollen in Antragsform in die politische Arbeit eingebracht werden.

## **4. Sommerschule**

Der Juso-Bezirk Braunschweig veranstaltet im Jahr 2004 eine Sommerschule zu den Themenschwerpunkten Theoriebildung und Zukunft der Sozialversicherungssysteme.

## **5. Verbandstag**

Politik ist mehr als 5 Männer im schwarzen Anzug, die auf die Fragen einer blonden Moderatorin immer die gleichen Antworten geben. Wir Jusos wollen Politik durch konkrete Erfahrungen erlebbar machen. Dazu gehört nicht nur die innerverbandliche Gremienarbeit, sondern auch freie Diskussion und Spaß. Nicht alle, die zu uns kommen, wollen nur das politische Alltagsgeschäft mitgestalten. Viele wollen einen Einstieg in die Politik bekommen und sehen Jusos als Teil ihrer Freizeitgestaltung an. Dies wollen wir auf einem Verbandstag umsetzen. Wir wollen einen ganzen Tag für alle Jusos und weitere Gäste organisieren, an dem die Projekte des Bezirkes vorgestellt werden sollen und so ein Einstieg in die gemeinsame Diskussion gefunden werden kann. Des Weiteren wird noch ein umfangreiches Programm zur Unterhaltung angeboten werden. Dies soll auch dazu beitragen, dass wir Jusos aus den unterschiedlichen Unterbezirken uns besser kennen lernen. Dies ist die Grundlage für eine bessere Zusammenarbeit in der Zukunft.

## **6. B(u)ildungsprogramm**

### Juso-Basic-Seminar

Das Juso-Basic-Seminar soll alle Jusos mit den Grundlagen der politischen Arbeit vertraut machen. Es sollen dabei ein Verständnis für die Geschichte der Arbeiterbewegung vermittelt und politische Entscheidungsstrukturen erläutert werden.

Die Basic-Seminare werden auf Anfrage der Unterbezirke angeboten.

## Funktionärsschulung

Die Funktionärsschulung richtet sich an Jusos, die sich aktiv an Juso-Gremien beteiligen wollen.

Die auf den verschiedenen Seminaren behandelten Gebiete bilden eine Gesamtqualifikation, die die Teilnehmer befähigen soll, politische Ämter innerhalb des Verbandes zu übernehmen und eigene Projekte zu initiieren.

Die Schulung besteht aus einem organisatorischen Element, welches Fragen wie Haushaltsaufstellung und -beantragung, Erstellung eigener Satzungen (ob und wie), Durchführung von Unterbezirkskonferenzen etc. behandelt.

Der rhetorische Teil bereitet auf Antragsbegründungen und Redebeiträge für Juso-Konferenzen und Parteitage vor und erläutert den formellen Ablauf der Antragsberatung. Das dritte Element beschäftigt sich mit dem politischen Mandat, Verantwortlichkeiten und Befugnissen gewählter Vertreter (z.B. im Unterbezirksvorstand) und dem Stellenwert von Konferenz- und Vorstandsbeschlüssen.

## SchülerInnenseminar

Die SchülerInnenseminare werden im Rahmen der Landesvorstandsarbeit von Basti Nowak organisiert.

### **Mehr Braunschweig – auch anderswo!**

Zur Vorbereitung der Landeskonferenzen, Bundeskongressen sowie Bezirksparteitagen führt der Bezirk Vorbereitungstreffen, bei Bedarf auch Wochenendveranstaltungen, durch. Auf diesen werden die inhaltlichen und Personalanträge beraten und diskutiert. Wenn nötig und möglich, werden die Treffen mit anderen Bezirken, Juso- oder SPD-Gliederungen durchgeführt.

### **Umbauwochenenden**

Mindestens ein Bezirksvorstandsmitglied nimmt an den regelmäßig stattfindenden Verbandswochenenden des Juso-Bundesverbandes teil.

### **Starke Tiere**

Wir freuen uns auf das nächste Jahr. Es wird ein Jahr der großen Konflikte und es wird zu offenen Feindschaften innerhalb des Bezirkes kommen. Wir werden vor der Situation stehen, dass sich unser Bezirk in zwei unvereinbare Lager spalten wird. Diese Schlacht wird an zwei Tagen ausgetragen und am Ende wird man sehen wer daraus als Sieger hervorgehen wird. Das Duell Löwen gegen Wölfe (A) wird nach vielen Jahren endlich wieder direkt ausgetragen.

Eintracht Braunschweig oder VFL Wolfsburg Amateure – gescheiterte Profis oder die Zukunft der Bundesliga. Wir wollen diese Veranstaltungen gemeinsam besuchen!